



Nummer: 138/2019  
den 04.11.2019

Mitglieder des Kreistags  
des Landkreises Esslingen

- Öffentlich  
 Nichtöffentlich  
 Nichtöffentlich bis zum  
Abschluss der Vorberatung

- KT  
 VFA  
 ATU 21. Nov. 2019  
 ATU/BA  
 SOA  
 KSA  
 JHA

Betreff: Haushaltsdebatte 2020  
- Anträge der Fraktionen

Anlagen: -

- Verfahrensgang:  Einbringung zur späteren Beratung  
 Vorberatung für den Kreistag  
 Abschließender Beschluss im Ausschuss

**BESCHLUSSANTRAG:**

Der Ausschuss für Technik und Umwelt entscheidet über die von den Fraktionen eingebrachten Anträge.

**Auswirkungen auf den Haushalt:**

Die Auswirkungen der Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2020 werden von der Verwaltung in der Sitzung bzw. in der Vorlage 138a/2019 erläutert.

**Sachdarstellung:**

Anlässlich der Haushaltsdebatte über den Kreishaushalt 2020 am 07. November 2019 wurden folgende Anträge gestellt, die vom Ausschuss für Technik und Umwelt in der Sitzung am 21. November 2019 beraten und vom Kreistag am 12. Dezember 2019 nur dann nochmals aufgegriffen werden, wenn die Fraktionen mit dem Ergebnis der Ausschussberatung nicht einverstanden sind.

## **1. Antrag Fraktion Freie Wähler**

### **1.1 Klimaschutz**

Die Freien Wähler beantragen eine Darstellung in welcher Form der Landkreis Esslingen in den vergangenen zehn Jahren zum Klimaschutz beigetragen hat.

Die Darstellung soll sich zum einen auf Einsparungen in den Mengen der Verschmutzung und zum anderen auf den technologischen Wandel beziehen.

Zum zweiten wird gebeten darzustellen, mit welchen Ansätzen der Landkreis bei direkter Verantwortung (z.B. Fahrzeuge, Gebäude, usw.) erfolgreich war und wo durch motivierende Aktionen oder regulierende Maßnahmen (Auflagen, Anwendung von Gesetzen, usw.) die Erfolge erzielt wurden.

## **2. Antrag GRÜNE**

### **2.1 Klimaschutzpakt – der kommunalen Vorbildfunktion gerecht werden Wir beantragen den Beitritt des Landkreises Esslingen zum Klimaschutzpakt des Landes.**

Den Gemeinden, Städten und Landkreisen kommt beim Klimaschutz eine Schlüsselrolle zu. Dazu haben die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände Ende 2015 den „Klimaschutzpakt Baden-Württemberg“ geschlossen. Im Klimaschutzpakt bekennen sich die Parteien zur Vorbildwirkung der öffentlichen Hand beim Klimaschutz und zu den Zielen des Klimaschutzgesetzes. Mit dem Klimaschutzpakt setzen das Land und die kommunalen Landesverbände den gesetzlichen Auftrag des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg um, wonach das Land die Kommunen bei der Umsetzung ihrer Vorbildfunktion unterstützt.

Mit einem Beitritt zum Klimaschutzpakt kann der Landkreis von verbesserten Förderbedingungen beim Landesprogramm Klimaschutz-Plus profitieren, u.a. erhält er als Mitglied bei energetischen Sanierungsmaßnahmen einen zusätzlichen Förderzuschuss von 10 Prozent.

## **3. Antrag CDU**

### **3.1 Antrag Winterdienst**

Die Verwaltung wird gebeten, ein personelles und organisatorisches Konzept für einen künftigen leistungsfähigen Winterdienst vorzulegen. Insbesondere sind die Modalitäten der bestehenden Winterdienstverträge (z.B. jeweilige Laufzeiten und Kosten) darzustellen, aber auch wie man denkt, mit auslaufenden Verträgen umzugehen. Dies beinhaltet auch einen Vergleich der Kosten „eigenes Personal-externe Firma“.

Begründung:

Bekanntermaßen haben immer weniger Unternehmen Interesse, ein Angebot zur Durchführung des Winterdienstes abzugeben.

Diese Situation wird sich in Zukunft nicht verändern, eher noch verschärfen. Andererseits ist ein leistungsfähiger Winterdienst eine Pflichtaufgabe des Landkreises.

#### **4. Antrag SPD-Fraktion**

##### **4.1 Klimaschutzkonzept**

1. Das vorgestellte Klimaschutzkonzept für den Landkreis ist zwar ein Anfang, das mögliche Handlungsfelder benennt. Um einen wirksamen Beitrag für den Klimaschutz leisten zu können, muss der Landkreis verbindliche Klimaschutzziele definieren und mit konkreten Maßnahmen und den entsprechenden Kennzahlen hinterlegen. Ansonsten ist das vom Landrat angekündigte Monitoring des Klimaschutzkonzepts nicht möglich. Daher beantragen wir eine entsprechende Konkretisierung des Klimaschutzkonzepts.
2. Um bei allen vom Landkreis angegangenen Maßnahmen das Thema Klimaschutz in die Entscheidungsprozesse mit einbeziehen zu können, sollen Sitzungsvorlagen des ATU künftig nicht nur mit der Darstellung der finanziellen Auswirkungen, sondern auch mit dem Hinweis auf die wahrscheinlichen Auswirkungen für den Klimaschutz auf Basis des Klimaschutzkonzepts (betroffene Handlungsfelder, Kennzahl und (Leit-)Ziele, sowie erwarteter Beitrag der Maßnahme zur Zielerreichung) versehen werden.
3. Die Bevölkerung, die Landwirtschaft und die Kreisgemeinden sollen konsequent an der Mitwirkung und Umsetzung des Klimakonzeptes beteiligt werden. In vielen Kommunen des Landkreises gibt es bereits Klimaschutzprogramme bzw. Projekte für den Klimaschutz. Der Landkreis muss beim Thema Klimaschutz eng mit den Gemeinden kooperieren und die Maßnahmen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes konsequent weiterentwickeln.
4. Die Energieagentur muss neu ausgerichtet und ihre Aufgaben zur Energie- und Klimaschutzagentur erweitert werden, damit sie zu einem wichtigen Anbieter des Klimaschutzes für Kommunen, Wirtschaft, Landwirtschaft und für die Bevölkerung wird.
5. Die Wirkung der Maßnahmen und die Fortschritte auf dem Weg zu einer klimaneutralen Versorgung mit Energie, Nahrung und Rohstoffen soll in einem jährlichen Monitoring überprüft und aufgrund neuer Erkenntnisse und Techniken fortgeschrieben werden.

#### **5. Antrag FDP-Fraktion**

- 5.1 **Erstellung einer Bestandsliste der Fahrzeuge im Landkreisfuhrpark mit Angabe des Zeitpunkts der fälligen Ersatzbeschaffung, damit das Potential für eine Umstellung auf emissionsfreie/-arme Fahrzeuge abgeschätzt werden kann.**

## **6. Anträge der Fraktion AfD**

### **6.1 Antrag auf Erstellung eines Gutachtens über die Auswirkungen der E-Mobilität im Landkreis Esslingen durch einen Wirtschaftssachverständigen**

Fast täglich gibt es Meldungen von Personalabbau auf Grund von E-Mobilität bzw. der Energiewende, besonders betroffen ist hier der mittlere Neckarraum.

Wir beantragen daher die Erstellung eines Gutachtens durch einen Wirtschaftssachverständigen, um die Auswirkungen auf den Landkreis Esslingen darzulegen.

### **6.2 Antrag auf Vorstellung des Black-out-Plans des Netzbetreibers**

Wir beantragen die Vorstellung des Black-Out-Plans des Netzbetreibers, da Ende 2019 ein weiteres Grundlastkraftwerk (Philippsburg mit 1468 MW, entsprechen etwa 300 Windräder) stillgelegt wird.

Das Thema Blackout im Stromnetz beschäftigt immer mehr Bürger, denn sie können die Auswirkungen auf sich nicht nachvollziehen. Allein dieses Jahr kam es 4mal fast zu einem Blackout im deutschen Verbundnetz.

### **6.3 Antrag zur Reduzierung der Energiekosten in Gemeinschaftsunterkünften**

Die AfD-Fraktion beantragt, dass zukünftig in allen Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises sichergestellt wird, dass die Energiekosten mit Hilfe von technischen Möglichkeiten (z. B. Bewegungsmelder, Thermostate etc.) reduziert bzw. eingespart werden.

Begründung:

In Zeiten steigender Energiepreise und der Umwelt zuliebe, sollte stets darauf geachtet werden, Gas, Wasser und Strom einzusparen, wo es geht. Da in Gemeinschaftsunterkünften häufig ein reges Kommen und Gehen herrscht und die Bewohner die Energiekosten nicht selbst bezahlen müssen, achten diese in der Regel auch weniger darauf, hier Kosten einzusparen. Auch kann falsches Heizen zu Schimmel führen und die Gesundheit der Bewohner beeinträchtigen.

## **7. Anträge der Fraktion Die Linke**

### **7.1 Kompetenzzentrum Gebäudebegrünung und Stadtklima**

Wir beantragen:

1. Das Kompetenzzentrum „Gebäudebegrünung und Stadtklima e. V.“ berichtet in einem Ausschuss des Kreistages über seine Arbeit und seine Ziele.
2. Die Verwaltung soll im Anschluss an diesen Bericht Wege aufzeigen, wie diese Themen und Ziele im Landkreis weiterverfolgt werden können, und

wie die Kommunen die Herausforderungen des Klimawandels mit Unterstützung des Landkreises besser meistern können.

Begründung:

Stadtbegrünung und Stadtklima sind Herausforderungen vieler Kommunen für die Zukunft. Ziel des Kompetenzzentrums „Gebäudebegrünung und Stadtklima e.V.“ ist es, durch Forschung und Entwicklung, Technologietransfer, Weiterbildung, Information und Sensibilisierung dieses Thema zu befördern. So sollen Städte und Kommunen an die Herausforderungen des Klimawandels besser angepasst werden. Urbanen Sturzfluten, Verlust an Biodiversität, städtischen Hitzeinseln und Luftschadstoffen soll besser entgegen gewirkt werden.

## **7.2 Bericht: Projekt „emissionsfreie Straßenmeisterei“**

Wir beantragen:

1. Einen ausführlichen Bericht im Kreistag über das Projekt „Emissionsfrei Straßenmeisterei“
2. eine Darstellung, wie die lokale Wirtschaft, Forschung, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft in dieses Projekt eingebunden wird
3. eine Darstellung der Aktivitäten über die Erarbeitung von Zukunftsvisionen

Begründung:

Notwendig erscheinen uns Maßnahmen zur Zukunftssicherung für die lokale Wirtschaft. Dazu eignet sich einen Schwerpunkt auf das Thema Wasserstoffmobilität zu setzen. Lokale Wirtschaft, die Forschung, die Politik, die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft sollen zu einem Austausch über aktuelle und geplante Aktivitäten sowie zur Erarbeitung einer Zukunftsvision zusammengeführt werden.

## **7.3 Mobilitätsmanagement**

Wir beantragen:

Die Wirtschaftsförderung soll über Aktivitäten zu betrieblichen Mobilitätsmanagement berichten, um gute Beispiele dieser wichtigen Mobilitätsmaßnahme aufzuzeigen.

Begründung:

Dieser Bericht soll Maßnahmenbündel aufzeigen, die geeignet sind, die betriebsbedingten Personenverkehre zu vermeiden, zu reduzieren, zu verlagern und zu optimieren. Damit sollen Beiträge zur Einsparung umwelt- und klimaschädlicher Emissionen sowie zum Lärm-, Flächen- und Ressourcenschutz geleistet und positive Auswirkungen auf die Luftqualität ermöglicht werden. Die Beispiele sollen Vorbildcharakter und Multiplikatoreffekte entfalten und weitere Betriebe zur Konzipierung und Umsetzung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements aktivieren. Dies entsprechend den Ergebnissen der Prognosstudie und den Ergebnissen des Zukunftdialogs.

## **7.4 Gewerbeflächen**

Wir beantragen:

1. Gewerbeflächenpotentiale im Landkreis zu sammeln und zu bewerten, damit diese reaktiviert werden können, um den Flächenbedarf abzudecken.
2. Die Prognosstudie zeigt die Probleme des zunehmenden Pendlerverkehrs auf. Sie sieht im Bereich Infrastruktur eine zentrale Herausforderung in der „wachsenden Verkehrsbelastung“ durch steigendes Pendleraufkommen. Die Studie fordert daher Beratungsangebote für betriebliches Mobilitätsmanagement zu entwickeln und anzubieten. Auch im Hinblick auf die zunehmende Gewerbeflächenproblematik beantragen wir, Beratungsgebote zu erstellen, die den MIV zugunsten des ÖPNVs favorisieren. Dadurch könnten Flächen frei werden, die bisher als Parkplätze benutzt.

Begründung:

Neue Technologien fordern eine Bereitstellung von Flächen für Industrie und Gewerbe. Dies stellt einen verdichteten Landkreis wie den unseren vor große Probleme, sollen doch Böden, die überwiegend landwirtschaftlich genutzt werden, nicht versiegelt werden. Daher ist es notwendig vorhandene Gewerbeflächen zu erfassen und zu aktivieren.

## **8. Anträge DIE REPUBLIKANER**

### **8.1 Ansiedlung des regionalen Netzwerks „Künstliche Intelligenz“ bezüglich der Automobilwirtschaft im Landkreis Esslingen**

Der Antragsteller hat schon bei den letzten Haushaltsberatungen auf die Wichtigkeit der „Künstlichen Intelligenz“ bei der Neuausrichtung der Automobilwirtschaft z. B. hinsichtlich des autonomen Fahrens hingewiesen. Nachdem auch der Verband Region Stuttgart und seine Wirtschaftsförderung WRS dies befürwortet, geht es um den Standort.

Die Landkreisverwaltung hatte sich bereit erklärt mit der Hochschule Esslingen zu prüfen, inwieweit die Thematik „Künstliche Intelligenz“ in das von der Hochschule geplante Innovationszentrum zu integrieren.

Dies wäre auch deshalb ideal, weil die vielen kleinen, im Landkreis beheimateten Zulieferfirmen einbezogen werden könnten.

### **8.2 Unterstützung der Kommunen im Kampf gegen Fluglärm**

Zahlreiche Kommunen auf den Fildern, im Neckartal und auf dem Schurwald haben in einer Resolution auf die zunehmende Belastung durch den Fluglärm reagiert.

Die Zahl der Flugbewegungen sei 2018 um 7,5 % auf 139.617 gestiegen; der Verkehr balle sich um 6 Uhr morgens.

Die Kommunen wenden sich gegen weitere Ausdehnung des Flugverkehrs und sind für strikte Einhaltung des Nachtflugverbots.

Um der Resolution gegenüber dem Flughafen mehr Gewicht zu verschaffen, zeigt sich der Landkreis solidarisch mit den betroffenen Kommunen und unterstützt die Resolution.

### **8.3 Behinderungen von Rettungsdiensten inkl. Feuerwehr**

Die Gewaltbereitschaft ist leider ein zunehmendes Problem unserer Gesellschaft.

Inwieweit sind die Rettungsdienste im Landkreis Esslingen betroffen?

Wie viele Tötlichkeiten gegen deren Repräsentanten hat es 2017 und 2018 gegeben?

Wie viele verbalen Angriffe sind bekanntgeworden?

Heinz Eininger  
Landrat